

Kommunalwahl in Hessen:
Grüne Proteststimmen und Wahlent-
haltungen bescheren der SPD eine
erneute Niederlage



Die folgenden Darstellungen und Einschätzungen zum Ergebnis der hessischen Kommunalwahl sind Resultate eines nicht abgeschlossenen Diskussionsprozesses, in dem es selbstverständlich unterschiedliche Standpunkte und Gewichtungen gibt. Viele Fragen sind zudem noch offen. Wir verstehen die vorliegenden Materialien insofern als Beiträge zur Weiterführung und Vertiefung der Diskussion. Aufgrund unserer Erfahrungsbasis finden die Ergebnisse in Frankfurt und Darmstadt besondere Berücksichtigung. Den Beitrag über Offenbach haben wir von einer Gruppe befreundeter Genossen erhalten.

DAS ERGEBNIS IN HESSEN UND FRANKFURT

Am 22. März 1981 wurden in Hessen die Kreistage, Stadt- und Gemeindeparlamente, in den größeren Städten auch die Ortsbeiräte und im Frankfurter Umland zusätzlich das Parlament des Umlandverbandes neu gewählt. Auf den ersten Blick sieht das gesamthessische Ergebnis, das sich aus den Wahlergebnissen von 426 Gemeinden und Städten zusammensetzt, keineswegs besonders aufregend aus:

		1977
Wahlbeteiligung	76,5 %	(79,5)
CDU	44,8 %	(44,6)
SPD	39,8 %	(42,4)
FDP	5,4 %	(4,8)
DKP	-0,5 %	(-0,8)
Grüne	1,8 %	(---)
Wählergemeinschaften	7,5 %	(7,2)

Minimale Verbesserungen für die CDU, Rückgang der SPD um 2,6 %, leichte Gewinne für die FDP und die Grünen insgesamt unter 2 %. Hier allerdings trägt der erste Schein ganz gewaltig: Die Sieger der hessischen Kommunalwahl sind die Grünen und verwandte Wahllisten. Das Gesamtergebnis kommt dadurch zustande, daß die Grünen nicht überall selbst und an manchen Orten nicht unter diesem Namen, sondern zusammen mit anderen als Wahlbündnisse kandidiert haben.

Dort, wo sie angetreten sind, hatten sie durchweg Erfolg, in einigen Fällen kann man die Ergebnisse ohne Übertreibung sensationell nennen. Dies ist auch der Grund, warum man in bürgerlichen Kreisen mit dem Wahlergebnis nicht so recht froh werden kann. Die FAZ schreibt:

"Ein runder Erfolg für die Union, wie sich das nach einer verlorenen Bundestagswahl eigentlich schickt, waren diese Kommunalwahlen nicht. Aber sie waren ein Warnsignal für die etablierten Parteien." (FAZ 24.3.81)

Und Peter Boenisch erklärt in der 'Welt', warum man sich in diesen Kreisen unbehaglich fühlt:

"Nicht nur die Jungen, sondern auch die Alten haben ihrem Unbehagen an den etablierten politischen Kräften Ausdruck gegeben. Teilweise deutlich. Die SPD ist der große Verlierer, aber die CDU im Landesdurchschnitt nicht der große Sieger, und die FDP ist, wie so oft, halb gestorben und halb am Leben geblieben. Der eigentliche Gewinner sind die, mit denen kaum noch einer gerechnet hat: Die Grünen. Ihre Wiedergeburt in Hessen sollte alle Parteien nachdenklich stimmen. Als Außenstehender wird man das Gefühl nicht los, daß es hier nicht nur um das eine oder andere Großbauvorhaben geht. Mehr Bürgernähe ist gefragt. Der Wähler wehrt sich mit seinem Kreuz gegen das Kreuz der Bevormundung." (Welt 23.3.1981)

Überraschend ist das Ergebnis auch deswegen, weil niemand damit gerechnet hatte, daß die SPD noch unter ihr miserables Ergebnis von

1977 absinken würde. Zu dem neuen Element der erfolgreichen grünen und verwandten Listen kommt die geringe Wahlbeteiligung hinzu, die sich bereits 1977 gegen die SPD ausgewirkt hatte. Von den ca. 4 Millionen Wahlberechtigten in Hessen gingen rund 1 Million erst gar nicht zu den Urnen, die Wahlbeteiligung ging nochmals auf jetzt 76,5 % zurück, in den großen Städten lag sie noch tiefer (Frankfurt ca. 71 %). Im Landesvorstand der SPD wird geschätzt, daß ca. eine halbe Million SPD-Stammwähler nicht gewählt haben.

Bei den Kommunalwahlen von 1977 konnte die CDU einen erdrutschartigen Sieg erzielen (vgl. dazu Arpo 4/77). Vor dem Hintergrund der spürbar verschlechterten Lage der Werktätigen, die sich in der hohen Arbeitslosenzahl und der Krise um die Finanzierung der Renten ausdrückte, hatten eine Reihe von Einzelproblemen (Schulpolitik, Gebietsreform, Finanzskandal) für die SPD zu einem starken Vertrauensschwund geführt. Zu der bereits länger feststellbaren Abwendung bessergestellter Zwischenschichten ('Aufsteiger') von der SPD kam 1977 eine z. T. massive Stimmenthaltung enttäuschter traditioneller SPD-Wähler hinzu. Dies bescherte der CDU den großen Sieg, ohne daß sie ihr Potential an absoluten Stimmen nennenswert ausdehnen konnte.

Die Landtagswahlen von 1978 schienen das

Bild wieder zugunsten der SPD zu korrigieren. Eine ausgesprochen hohe Wahlbeteiligung von knapp 88 % verschaffte ihr 44 % der Stimmen. Börner und die SPD hatten die Wahl erfolgreich mit der Existenzfrage der Bonner Koalition verbunden und sich in den Augen besonders der Werktätigen gegenüber der von Dregger geführten CDU als die Kraft präsentieren können, die zumindest eine weitere Verschlechterung der Lage verhindern könne (vgl. Arpo 5/78). Waren hier bereits viele Stimmen nicht für die SPD, sondern gegen eine CDU-Politik unter Dregger gerichtet, von der man nichts Gutes erwartete, so trifft das in noch stärkerem Maße für die Bundestagswahlen zu, wo viele keineswegs mit Hoffnung und Vertrauen für die SPD, sondern in erster Linie gegen Strauß gestimmt haben.

Diese Entwicklung kommt an die Oberfläche, wenn solche Polarisierungen zwischen Personen und scheinbaren Wahlalternativen nicht zur Verfügung stehen und Unterschiede zwischen SPD und CDU in vielen Fällen überhaupt nicht mehr erkennbar sind. Dann zeigt sich, wie brüchig die Bindungen an die Volksparteien, insbesondere die SPD, bereits geworden sind: Noch mehr traditionelle SPD-Wähler als 1977 sind 1981 nicht zu den Urnen gegangen und zusätzlich beginnt sich ein Teil des bisherigen SPD-Wählerpotentials grünen und ähnlichen Listen zuzuwenden.

PROTESTSTIMMEN VERSCHAFFEN DEN GRÜNEN GROSSE ERFOLGE

Die Grünen konnten in fast allen kreisfreien Städten auf Anhieb deutlich mehr als 5 % erzielen:

Frankfurt	6,4
Offenbach	5,9
Kassel	6,7
Darmstadt	10,1 (WGD - von den Grünen unterstützt)

Lediglich in Wiesbaden verfehlte die alternative 'Wiesbadener Liste' mit 4,3 % das Ziel nur knapp, weil eine gleichzeitig kandidierende 'Weiberliste' 0,3 % erzielen konnte. Auch in den folgenden Kreisstädten werden die Grünen in die Stadtparlamente einziehen:

Groß Gerau	14,2 %
Bad Homburg	5,7 %
Gießen	6,3 %
Homberg	6,1 %
Limburg	7,2 %
Marburg	5,9 %

Weiterhin werden die Grünen in 6 von 21 Kreis-tagen vertreten sein:

Darmstadt-Dieburg	5,3 %
Groß-Gerau	14,4 %
Hochtaunus	5,7 %
Main-Taunus	5,6 %
Offenbach	5,2 %
Kassel	5,6 %

Das spektakulärste Ergebnis konnte eine Bürgerliste in der nordhessischen Gemeinde Volkmarsen erzielen, die als möglicher Standort für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage in Hessen vorgesehen ist. Die im Widerstand dagegen entstandene Bürgerliste, die Wert darauf legt, nicht mit den Grünen in einen Topf geworfen zu werden, erzielte mit 41,6 % mit Abstand die meisten Stimmen, die bisher mit absoluter Mehrheit regierende CDU wurde halbiert, die SPD verlor ein Drittel ihrer Stimmen. Das Ergebnis der Bürgerliste in Volkmarsen, die sich aus SPD- und CDU-Leuten zusammensetzt, zeigt das Mißtrauen der Bauern, Lehrer und Handwerker usw. einer eher dörflichen Gemeinde angesichts der bloßen Planung einer

Wiederaufarbeitungsanlage für atomare Brennstoffe. Wo früher vielleicht eine jahrelange Auseinandersetzung in den Formen stattgefunden hätte, die den herrschenden Parteien angenehm sind, genügt heute die bloße Ankündigung eines Bauvorhabens, und innerhalb weniger Wochen erreicht die Bürgerliste ein derartiges Ergebnis.

In der Gemeinde Breuna, die ebenfalls als möglicher Standort für eine WWA ausgesucht wurde, hatte sich der SPD-Bürgermeister an die Spitze des Widerstandes dagegen gestellt und konnte so die Unzufriedenheit auf die Mühlen der örtlichen SPD lenken (+ 10 % = 63,1 %).

Ein weiterer Schwerpunkt grüner Proteststimmen liegt in den Gemeinden im Umland der geplanten Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Gegen dieses Projekt hatte sich eine breite Bürgerbewegung quer durch alle sozialen Schichten und politischen Gruppierungen entwickelt, die den Plänen der Landesregierung heftigen Widerstand leistet. Im Zentrum dieses Protestes steht die Gemeinde Mörfelden-Walldorf. Hier konnte die 'Grüne Bürgerliste für Umweltschutz und Demokratie', die sich aus Mitgliedern der örtlichen Bürgerinitiative, der Grünen und ehemaliger SPD, CDU und FDP-Leute zusammensetzt, 25,2 % der Stimmen erringen. Die hier traditionell starke DKP konnte sich von 7,4 auf 3,4 % verbessern. Stadt und Kreis Groß-Gerau, die ebenfalls in diesen Zusammenhang gehören, brachten den Grünen jeweils mehr als 14 %. Auch in anderen Gemeinden des Flughafen-Umlandes konnten Grüne bzw. entsprechende Wahlbündnisse erhebliche Stimmengewinne verbuchen:

Büttelborn	25,2 %
Weiterstadt	12,3 %
Bickenbach	10 %
Kelsterbach	15,2 %
Rüsselsheim	16,5 %
Flörsheim	12,3 %

Aber auch in den Taunusgemeinden wie Kelkheim und Königstein, in die sich eher wohlhabende Bürger (auch besser verdienende Angestellte und Beamte) des Rhein-Main-Gebietes zurückziehen, konnten ökologische Listen mit 10,1 % bzw. 22 % spektakuläre Erfolge erzielen. Stein des Anstoßes waren hier geplante Autobahnmaßnahmen. In der Vortausenstadt Bad Homburg standen den Grünen mit 5,7 % sogar mehr Sitze zu, als sie Kandidaten aufgestellt hatten.

Während die Ergebnisse in den genannten Taunusgemeinden mit einer eher kleinbürgerlichen, bessergestellten Wählerbasis den einen Pol des Protestspektrums darstellen, kann das Beispiel der Arbeiterliste Rüsselsheim zur Charakterisierung des anderen Pols dienen: Entgegen der Propaganda der Flughafen-AG, der Bau der Startbahn-West schaffe und sichere Arbeitsplätze, hat-

te sich die Vertrauensleuteversammlung des Rüsselsheimer Opelwerkes schon vor der Wahl mit großer Mehrheit gegen den Startbahnbau ausgesprochen. Betriebsrat Friedel Kraft erklärte:

"Viele von uns fürchten, daß in einigen Jahren das Rüsselsheimer Werk nur noch ein Montagebetrieb sein wird und einige weitere tausend Entlassungen dann anstehen werden. Man wird nämlich die Teile für die Montage aus Hongkong, Irland und anderen Billiglohnländern per Luftfracht in Containern heranschaffen. Darum baut man den Flughafen aus und darum wird die Startbahn West von allen Unternehmern des Rhein-Main-Gebietes gefordert."

In Rüsselsheim kandidierte eine 'Freie Wählergemeinschaft', die bereits 1977 5,6 % erzielen konnte, diesmal erreichte sie 16,5 %! Getragen wird diese Wählergemeinschaft von ehemaligen SPD-Mitgliedern, Umweltschützern und aktiven Opel-Kollegen, so dem Betriebsrat und ehemaligen Vorsitzenden der AG sozialdemokratischer Opel-Arbeiter Mildern.

Die Wählerfolge der Grünen und Bündnisse verwandter Art sind Ausdruck einer breiten und offensichtlich noch wachsenden Protestströmung gegenüber der Politik der Volksparteien, in diesem Fall insbesondere gegenüber der sozialliberalen Landesregierung, die sich im Namen der 'Demokratie' und übergeordneter 'Landesinteressen' über die konkreten Anliegen, Befürchtungen und Bedürfnisse vieler Bürger hinwegsetzt. Gegenwärtig sind es in erster Linie ökologische Fragen, an denen diese Strömung ihren Ausdruck findet und auf der Ebene des Stimmzettels werden sozial sehr unterschiedliche und ideologisch z.T. gegensätzliche Gruppierungen zusammengefaßt. Differenzierungsprozesse werden hier unausweichlich sein. Einige erfolgreiche Wahllisten (u.a. Kelsterbach, Rödermark, Rüsselsheim), in denen sich ehemalige SPDler, Vertreter der Jugendzentrumsbewegung, Frauengruppen und Gewerkschaftler mit Umweltschutzgruppen zusammengeschlossen haben, zeigen, daß die ökologischen Fragen nur die Spitze des Eisberges einer breiteren und vielfältigeren Strömung von Unzufriedenheit und Protest sind.

Die Ergebnisse zeigen schließlich auch, daß Personen und Programme grüner oder alternativer Listen von untergeordneter Bedeutung dafür waren, daß sie zum Ausdruck der Protestströmung werden konnten. An vielen Orten waren die Grünen kaum vertreten, persönlich weitgehend unbekannt, und sie haben auch keinen Wahlkampf vergleichbar dem Rummel der Volksparteien geführt. Die Erfolgchancen hingen auch kaum davon ab, ob Linke auf den Listen vertreten waren oder nicht. Dort, wo solche Listen wie z.B. in Hanau (unter Beteiligung des KBW) unter 5 % blieben, hängt das eher mit dem geringeren örtlichen Protestpotenti-

al zusammen. Die Grünen, die hier für den Kreistag kandidierten, erhielten auch nicht mehr Stimmen.

ZUM ABSCHNEIDEN DER DKP

Neben den Grünen und ähnlichen Wahlbündnissen hatten auch DKP und vereinzelt der KBW eigene Wahllisten aufgestellt. Während der KBW wahlstatistisch praktisch nicht mehr existiert, liegen die Ergebnisse für die DKP mit meistens weniger als 1 % noch unter denen von 1977. In den hessischen Großstädten wie z.B. Frankfurt wurde ihr Stimmenanteil halbiert (von 1,5 % auf 0,6 %). Freilich sind auch solch niederschmetternde Ergebnisse für den DKP-Bezirksvorstand Hessen kein Hindernis, von einem "erfolgreichen Abschluß des Wahlkampfes" zu sprechen. Verluste werden schlicht dem herrschenden "Antikommunismus", der "undemokratischen 5 %-Klausel" und der "totalen Aussperrung aus den Massenmedien" (alle Zitate aus der Erklärung des Bezirksvorstandes der DKP Hessen) angelastet. Beachtung und Interesse verdienen trotz dem allgemein dürftigen Resultat aber die Ergebnisse der DKP in einigen Orten:

		(1977)	Grüne
Stadt Marburg	8,0 %	(10,3)	5,9 %
Stadt Reinheim	9,9 %		2,5 %
Stadt Mörfelden-Walldorf	8,4 %	(7,4)	25,2 %
Stadt Dietzenbach	6,2 %	(6,6)	5,2 %
Stadt Gersfeld	12,2 %		
Gemeinde Langenselbold	13,9 %	(11,9)	
Gemeinde Erzhausen	5,8 %		
Gemeinde Neuberg	3,8 %	{ 8 }	
Gemeinde Ahnatal	6,7 %	{ 5 }	

Es handelt sich hier in erster Linie um einige kleinere Arbeitergemeinden im rhein-mainischen Ballungsraum (Reinheim, Dietzenbach, Langenselbold, Erzhausen, Neuberg und Mörfelden-Walldorf), wo sich die DKP auf eine teilweise bis in die Weimarer Zeit zurückreichende kommunistische Tradition stützen kann. Sie konnte hier ihre Position behaupten und teilweise sogar ausbauen. Dies wiegt um so schwerer, als sie verschiedentlich in Konkurrenz zu den Grünen aufgetreten war. In Mörfelden-Walldorf hat die DKP neben den Umweltschützern eine entscheidende und positive Rolle im Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung zum Ausbau des Frankfurter Flughafens gespielt. Zwar konnte hier die 'Grüne Bürgerliste' mit 25,2 % den weitaus größten Erfolg erzielen, trotz dieser Konkurrenz steigerte sich die DKP aber auch von 7,1 % auf 8,4 %. In der Universitätsstadt Marburg ging ihr hoher Stimmenanteil von 10,3 % zwar zurück, aber trotz dem gleichzeitigen Erfolg der Grünen (5,9 %) erzielte sie immer noch 8 % der Stimmen.

Es zeigt sich hier, daß die beharrliche Arbeit der DKP in den Gemeinde- und Stadtparlamenten einzelner Orte durchaus honoriert wird und sie sich zumindest punktuell auf ein stabileres Wählerpotential stützen kann. Dort, wo bisher ihre Wählerbasis ausschließlich im Treibsand von Proteststimmen bestand, ist sie durchweg eingesetzt.

DAS WAHLERGEBNIS IN FRANKFURT

Mit ihrem 'Erdrutschsieg' war es der CDU 1977 gelungen, gerade auch die hessischen Großstädte - darunter Frankfurt -, die bisher als uneinnehmbare sozialdemokratische Bastionen galten, zu erobern. Dieses in erster Linie durch die Stimmenthaltung enttäuschter SPD-Wähler zustandegekommene Ergebnis konnte die CDU bei dieser Wahl weitgehend halten. Als herausragendes Ergebnis ist anzusehen, daß sie ihre absolute Mehrheit in Frankfurt von 51,3 % auf 54,2 % ausbauen konnte.

	absolut	%	(1977)
CDU	159 533	54,2	(158 572 51,3 %)
SPD	100 093	34,0	(123 399 39,9 %)
FDP	12 251	4,3	(18 577 6,0 %)
Grüne	18 710	6,4	(--- ---)
DKP	1 809	0,6	(4 699 1,5 %)
NPD	1 350	0,5	(2 285 0,7 %)
KBW	308	0,1	(1 111 0,4 %)

Die SPD sank auf 34 % ab und die FDP scheiterte an der 5 % Klausel und wird nicht mehr im Römerparlament vertreten sein. Sieger sind die Grünen, die mit 6,4 % einen unerwartet hohen Stimmenanteil und 6 Parlamentssitze erreichen konnten; unerwartet war dieses Ergebnis insbesondere nach den gescheiterten Bemühungen um ein breiteres Wahlbündnis unter Einfluß von Spontis und Linken.

Wie konnte dieses Ergebnis in Frankfurt zustandekommen? Der Erfolg der CDU wurde in der bürgerlichen Presse insbesondere der Person des Oberbürgermeisters Wallmann zugeschrieben: "Wallmanns Sieg" und "der Held vom Sonntag" lauteten die Schlagzeilen. Wallmann habe es verstanden, mit einem liberalen Image zum "Bürgermeister aller Frankfurter" zu werden. Rechte Freude will aber in bürgerlichen Kreisen nicht aufkommen. Wallmann betont, der Sieg müsse erst noch verdient werden, und die FAZ stellt fest:

"Der Erfolg der CDU in der größten Stadt Hessens ist gewiß ein Erfolg für die CDU, mehr aber einer der Person des Oberbürgermeisters Wallmann. ... Auch in Frankfurt hat die CDU weniger als Partei gewonnen, denn als eine Art Wallmann-Wählervereinigung." (FAZ 24.3.81)

Bei genauerer Betrachtung verblaßt der "strahlende Sieg" (FAZ) allerdings noch stärker: Ganze 961 Stimmen mehr als 1977 konnte die CDU verbuchen. Die niedrige Wahlbeteiligung von 70,7 %, die weit unter dem hessischen Durchschnitt liegt und gegenüber 1977 nochmals gesunken ist, sowie die gesunkene Zahl der Wahlberechtigten verschafften der CDU den prozentualen Gewinn von knapp 3 %. Schließlich ist weiter in Betracht zu ziehen, daß von den rund 6000 Stimmen, die die FDP gegenüber 1977 verloren hat, ein erheblicher Teil dem CDU-Konto zugute gekommen sein dürfte.

Die Frankfurter FDP ist in einen pro-CDU und einen pro-SPD Flügel gespalten. Spitzenkandidaten waren der allgemein als Autobahn- u. Atomkraftwerkbauer und Unternehmerfreund bekannte hessische Wirtschaftsminister Karry auf Platz 1 und auf Platz 2 kam der Bonner Staatssekretär von Schoeler. Die Koalitionsaussage hatte man offen gelassen. Dahinter verbarg sich die Absicht, in Frankfurt beispielhaft für Hessen eine Koalition von FDP und CDU zu installieren. Diesem Plan wurde auch die bekannte Frankfurter FDP-Politikerin Sollwedel geopfert, die für eine Koalition mit der SPD steht. Diese Schwachzüge haben offensichtlich viele FDP-Wähler nicht mitgemacht und die Partei aus dem Römerparlament herausgewählt.

Vor diesem Hintergrund betrachtet, hat die CDU gegenüber 1977 ihr Wählerpotential zwar weitgehend mobilisieren aber bestenfalls gerade behaupten können. Gemessen an dem außergewöhnlichen Sieg von damals ist dies freilich auch

schon ein Erfolg. Mit dazu beigetragen hat sicher auch die Ausländerpolitik Wallmanns, der im letzten Jahr einen Einwanderungsstopp für Frankfurt verfügte. Damit kann er sich auf die Vorurteile und Ressentiments vieler Bürger stützen, nicht zuletzt auch von SPD-Anhängern. So ergab z. B. eine Umfrage im SPD-Ortsverein Fechenheim (Stadtteil von Frankfurt), daß die Mitglieder ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ablehnen, während die Partei hier eher positiv eingestellt ist.

Die vorschnelle Einschätzung der FAZ jedoch, die erstmals einen massiven Sinneswandel ehemaliger SPD-Wähler zugunsten der CDU feststellen wollte - "die Ergebnisse weisen aus, daß SPD-Wähler es vorzogen, der CDU ihre Stimme zu geben" (FAZ 24.3.81) - ist bloßes Wunschdenken, das sich auf einen oberflächlichen Vergleich von Prozentzahlen stützt. In dem als Beweis angeführten Arbeiterstadtteil Gallus, der bisher als SPD-Hochburg galt, verloren alle Parteien außer den Grünen absolut an Stimmen. Da die SPD mit 1612 Stimmen am meisten verlor und die Wahlbeteiligung mit knapp 59 % extrem niedrig lag, konnte die CDU ihren prozentualen Anteil von 39,5 % auf 46,6 % steigern, während die SPD von 32,2 % auf 44,4 % zurückfiel. Einziger Gewinner waren die Grünen, die mit 365 Stimmen 4,1 % erzielten. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Arbeiterviertel Riederwald, dem einzigsten Stadtteil in Frankfurt, in dem die SPD noch über eine Mehrheit verfügt. Die bereits 1977 sehr niedrige Wahlbeteiligung ging nochmals auf jetzt 65 % zurück. Die SPD verlor 200 Stimmen und sank von ca. 59 % auf 54 % ab. Die CDU konnte sich mit einem Gewinn von 81 Stimmen auf 38 % verbessern, während auch hier die Grünen mit 103 Stimmen und 4,1 % der eigentliche Gewinner sind.

Aus diesen Ergebnissen läßt sich schwerlich ein massives Überlaufen von SPD-Wählern zur CDU ableiten. Vielmehr zeigt sich hier das verallgemeinerbare Ergebnis dieser Kommunalwahlen: Die hohen Stimmhaltungen von traditionellen SPD-Wählern, die bereits 1977 die Wahl entschieden haben, haben noch zugenommen, und als neues Element kommt diesmal hinzu, daß zusätzlich zahlreiche ehemalige SPD-Wähler ihre Unzufriedenheit auch mit der Stimmabgabe für die Grünen zum Ausdruck gebracht haben. Dies hat die Grünen zu den eigentlichen Siegern der Kommunalwahlen in Hessen wie auch in Frankfurt gemacht. In Frankfurt konnten sie mit 18 710 Stimmen 6,4 % auf sich vereinigen. Absolut sind das 6 675 Stimmen mehr als bei dem bisher besten Ergebnis grüner Listen in Frankfurt bei den Landtagswahlen 1978 (damals GLH und GAZ), mit 6 Sitzen werden sie im Römerparlament vertreten sein.

Überdurchschnittliche Ergebnisse konnten die Grünen in den innenstadtnahen Stadtteilen und im Universitätsviertel mit teilweise mehr als 10 % erzielen. In diesen Stadtteilen sind Straßenbaumaßnahmen mit gravierenden Folgen geplant, vor allem der Weiterbau von Autobahnen vom Stadtrand bis in die Kernbereiche der Stadt (bei teilweiser Untertunnelung: "Alleentunnel"). Weiterhin weisen diese Stadtteile eine gemischte Bevölkerungsstruktur auf: Ältere Menschen, viele Jüngere, die im weitesten Sinn zur 'alternativen Szene' gerechnet werden können und ein hoher Anteil von ausländischen Einwohnern. Sieht man von diesen Schwerpunkten ab, so fällt auf, daß sich die grünen Stimmen relativ gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilen. In keinem Stadtteil erzielten die Grünen weniger als 4 % und in 36 von 44 Stadtteilen konnten sie die 5 %-Marke überspringen. Es kann zwar festgestellt werden, daß die prozentualen Ergebnisse für die Grünen dort am niedrigsten - d.h. immerhin zwischen 4 % - 5 % - sind, wo Arbeiterwohnbevölkerung vorherrscht und die SPD ihre 'Hochburgen' hat bzw. hatte, z.B. in den genannten Stadtteilen Riederwald und Gallus. Es wäre aber voreilig, daraus den Schluß zu ziehen, die grünen Protestwähler seien in der Arbeiterschaft unterdurchschnittlich vertreten. Entscheidender dürfte sein, inwieweit und wo sich ein jugendliches Wählerpotential konzentriert.⁴⁾ In der Gruppe der 18 - 30-jährigen Wähler konnte die SPD 1977 überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen, sie dürfte aber auch von der grünen Protestwahl vieler Jugendlicher besonders betroffen sein. Hinzu kommt - was in Frankfurt selbst eine Rolle gespielt hat - inwieweit sich an konkreten Konflikten der Widerspruch größerer Bevölkerungsgruppen entzündet. Hier geht die Anziehungskraft der Grünen und verwandter Listen weit über die Gruppe der kritischen Jugend hinaus und erfaßt größere Teile des Potentials der Volksparteien.

Nach unseren eigenen Erfahrungen in Frankfurt können wir die Wählerbasis der Grünen grob so charakterisieren: Jugendliche aus allen Gesellschaftsschichten, Intellektuelle aus der 68'er Generation und aktive und kritische Gewerkschaftskollegen. In den Betrieben, wo wir Zugang haben, konnten wir feststellen, daß die Wahl der Grünen nicht zu Ablehnung oder gar 'Isolierung' führt. Selbst die (noch) SPD-wählenden Kollegen tun dies mittlerweile mit so wenig Überzeugung, daß man als kritischer Kollege eher Erstaunen hervorrufen kann, wenn man nicht grün wählt.

Der Erfolg der Frankfurter Grünen ist im wesentlichen ohne ihr eigenes Zutun zustandekommen. Die Grünen sind in den wenigen und zur Zeit nicht besonders erfolgreichen Bürgerinitiativen kaum verankert. Dort gibt es genauso Politiker anderer Parteien oder notorische Nichtwähler, z.B. aus dem Spontilager. Auch einen Wahlkampf haben die Grünen praktisch nicht geführt. Man hatte einige Prominente, wie Bahro, Reuys, Noesmann und Frankfurter Künstler als Sponsoren zweier Wahlveranstaltungen, außerdem Prof. Holmar von Dichtfurt zu einer Diskussion über Naturwissenschaft und Religion aufgebeten. Die Frankfurter Kandidaten der Grünen traten selber kaum in Erscheinung, auch nicht auf einem wohnungspolitischen Forum, das während der Wahlkampfzeit stattfand. Als sie auf einer ihrer eigenen Veranstaltungen zum Thema Kulturpolitik darauf angesprochen wurden, erklärten sie, daß es ihrem Demokratieverständnis entspreche, keine eigenen Vorstellungen zu "präsentieren", sondern man wolle gemeinsam "mit allen Betroffenen" darüber reden. Einen eher eigenständigen Charakter hatten noch die "Frankfurter Gifttage", auf denen auf die vielfältigen Formen der Umweltbelastung durch Herstellung und Gebrauch von Giften hingewiesen wurde.

In Frankfurt kristallisierte sich der Protest im Widerstand gegen Projekte wie den genannten Alleentunnel und andere Scitautobahnprojekte, die den Verkehrsstrom in die innenstädtischen Wohngebiete noch weiter verstärken würden, gegen die geplante Bundesgartenschau, durch die stadtnahe Grüngebiete touristisch aufbereitet und dadurch in ihrem Charakter zerstört würden sowie gegen teure Prestigeprojekte wie den Wiederaufbau der Alten Oper, eine Eissporthalle und die Tour de France und nicht zuletzt natürlich auch gegen den Bau der geplanten Startbahn West heraus.

Die Stimmabgabe für die Grünen war eine Demonstration des Protestes und der Unzufriedenheit. Programmatische Details oder Personen

4) Dies wird auch durch Untersuchungen zur Wählerbasis der Grünen bei früheren Wahlen nahegelegt. Auch wenn es berechnete Einwände gegenüber Methoden und Aussagekraft solcher Untersuchungen gibt, können sie doch im Sinne von Trendhinweisen interpretiert werden. Dies ist jedenfalls befriedigender, als jede These mit dem Hinweis auf fehlende Kenntnisse abzutun und weiter der jeweils bevorzugten Spekulation nachzuhängen. Hier einige Hinweise auf solche Untersuchungen bzw. Zusammenfassungen

- Horst-Dieter Rösing, Die Grünen: einmaliges Wahlrisiko oder soziale Bewegung? in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/1980
- Moritz von Craun, Zur sozialen Basis grüner und alternativer Listen, in: Z 3/1981
- Zur sozialen Basis der Grünen Partei, in: Wissenschaftlicher Sozialismus 4/80

- die ohnehin kaum Jemand konnte - spielten eine untergeordnete Rolle dafür, daß die Grünen zum Ausdruck ihrer ohne ihr Zutun entstandenen Proteststimmung werden konnten. Die Wähler haben nicht den Hoffnungen aus linken Kreisen entsprochen, nach dem gescheiterten Wahlbündnis 'zur Strafe' die Grünen nicht zu wählen, diese Querelen waren ohnehin nur Insidern bekannt. Unter aktiver Beteiligung von Spontis und Linken wären es aber wohl noch einige Stimmen mehr geworden. Wie andere Ergebnisse zeigen, trifft es aber auch nicht zu, daß der Erfolg der Grünen gerade der Distanzierung von den Linken zu danken sei. Dies freilich wird den Grünen bereits aus bürgerlichen Kreisen

mit auf den Weg gegeben:

"Mit den wohl den meisten ihrer Aktiven unerwünschten Bundesgenossen von links-süden fertig zu werden, wird die Aufgabe der Grünen überall dort sein, wo sie in die Kommunalparlamente gelangt sind." (FAZ 24.3.81)

Auch wenn es schon deutliche Hinweise dafür gibt, daß sich die Grünen in Frankfurt an diese Aufgabenstellung halten wollen, wäre es verfrüht, hier schon abschließende Urteile abzugeben. Die Bewährungsprobe der Grünen im Stadtparlament steht erst noch bevor, und es wird nicht nur von ihnen allein abhängen, ob sie dort eine für die Protestbewegung positive Rolle spielen können.

DIE SPD ZWISCHEN DEN MÜHLSTEINEN

Nach der Wahlniederlage hebt besonders bei der SPD die Suche nach den Gründen an. Viele Kommunalpolitiker der SPD haben als eine wesentliche Ursache ihrer Niederlage die schlechte "Großwetterlage" in der BRD verantwortlich gemacht. Hatte die SPD bei der Bundestagswahl in Frankfurt 165 000 Stimmen bekommen, so waren es bei den Kommunalwahlen nur noch 100 000. Man fühlte sich bestraft für die schlechte wirtschaftliche und politische Entwicklung allgemein in der BRD, die man als Kommunalpolitiker gar nicht zu verantworten habe.

Auch wenn bei den vergangenen Bundestagswahlen Illusionen in die SPD-Politik gegenüber der Angst vor Strauß nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben, kürfte das Ausmaß, in dem die Massen nach der Wahl zur Kasse geberet worden, viele stark ernüchtert haben. Es wäre allerdings auch grob vereinfacht, die Ergebnisse der hessischen Kommunalwahl allein auf bundespolitische Faktoren zurückzuführen, wie es viele SPD-Politiker selbstgerecht tun möchten.

In einigen SPD-Ortsvereinen und im SPD-Bereich Hessen-Süd hat sich der Widerstand großer Teile der Bevölkerung gegen die umweltzerstörenden, von der sozialliberalen Landesregierung mit Nachdruck verfolgten Großprojekte (Flughafenausbau, Autobahnen, AKWs und Wiederaufbereitungsanlage) in Beschlüssen und Wahlprogrammen niedergeschlagen. Besonders deutlich - und besonders unglaubwürdig! - war dies in Frankfurt, wo sich die SPD gegen von ihr selbst begonnene Projekte (Stadtautobahn) ausgesprochen und betont umweltfreundlich und bürgernah gegeben hatte. Bei dem Versuch, den in besonde-

rem Maße in den Großstädten spürbaren Vertrauensverlust gerade bei jüngeren Wählern aufzufangen, ist die SPD gescheitert, sehr deutlich wiederum in Frankfurt. Ministerpräsident Börner und seine Gefolgschaft in der SPD sehen gerade in diesem Kurs einer sich nach 'grün' anbietenden SPD die Ursache der Niederlage: "Die Wähler wählen nun einmal das Original und nicht den Verschnitt", stellte Börner nach der Wahl fest. Hier gerät die SPD freilich in die Zwickmühle:

"... soll man, wie fas die SPD in Frankfurt versuchte und damit eindeutig verlor, den Grünen nachlaufen, ein Weg, den der Kasseler Oberbürgermeister Eichel schon am Wahlabend anklingen ließ? Oder soll sie, wie Ministerpräsident Börner, eine entschiedene Politik machen, die sich von der, die die CDU für richtig hält und mit der sie auch reüssiert, nicht so wesentlich unterscheidet - womit die SPD Scharen ihres Nachwuchses an den ausgefransten Rändern der Partei zu den Grünen treibt?" (FAZ 25.3.81)

Während die südhessischen Jusos gerade in dem unternehmerfreundlichen Atom- und Betonkurs der Landesregierung den Grund für die "Glaubwürdigkeitslücke" der SPD sehen, wird Börner nicht müde, seine von der "Sorge um die Arbeitsplätze" getragene Politik als den einzig gangbaren Weg für die SPD darzustellen. Auf Parteitag wird nach seiner Meinung zuviel über "andere gesellschaftliche Probleme" diskutiert, stattdessen müsse mit dem "kleinen Mann" über den Weg zurück zur Vollbeschäftigung gesprochen werden; Kultusminister Krollmann, Vorsitzender des nordhessischen SPD-Bereiches erteilt den Ratschlag, sich mehr um die Sorgen der Industriearbeiter zu kümmern.

Der von Börner verfolgte Kurs zur Lösung

der Arbeitsplatzfrage unterscheidet sich nicht von den Vorschlägen der CDU: Freie Hand den Unternehmern und staatliche Infrastrukturvorleistungen (Energie, Straßen, Flughafen). Gegenüber seinen innerparteilichen Kritikern hat Börner erklärt, Wallmann habe in Frankfurt bewiesen, daß mit dieser Politik Wählerstimmen gewonnen werden können! Was, wenn auch hier der Wähler beginnt, das Original dem Verschnitt vorzuziehen? Während viele Kommunalpolitiker - gerade in den Großstädten - den Vertrauensverlust besonders bei der Jugend spüren und irgendwie auffangen wollen, benutzt Börner die Angst um die Arbeitsplätze, um mit seinen innerparteilichen und außerparteilichen Kritikern abzurechnen. Daß verstärkte Unternehmerinvestitionen und verstärkte Rationalisierungen und damit Vernichtung von Arbeitsplätzen bedeuten, wird zwar unterschlagen, aber gegenüber seinen Kritikern ist Börner eindeutig im Vorteil: Es dürfte in der Tat schwerfallen, seiner Linie alternative Lösungen des Arbeitsplatz-Problems entgegenzustellen, solange man sich - wie viele dieser Kritiker - auf dem Boden dieser Gesellschaftsordnung bewegt. Akzeptiert man die Grundlage der kapitalistischen (Un)Ordnung, so ist Börners Politik durchaus "ehrlich" und "glaubwürdig".

Die Sorge der Werktätigen um die Arbeitsplätze soll im kapitalistischen Interesse ausgenutzt werden, um das Atomprogramm und andere Vorhaben durchzudrücken. Alle, die sich diesem Kurs entgegenstellen, sollen zu Sündenböcken und Schuldigen an der wirtschaftlichen Misere abgestempelt werden. Die von der Arbeitsplatzsorge getragenen Werktätigen sollen gegen die sich entwickelnde oppositionelle Strömung ausgespielt werden. Es kann uns dabei nicht beruhigen, daß sich die SPD in diesem Prozeß selbst verschleifen wird: Im Wettlauf mit der CDU, wer sie gleiche Politik effektiver durch-

setzen kann, wird die SPD auf längere Sicht ins Hintertreffen geraten, während gleichzeitig große Teile ihres Stammwählerpotentials nicht mehr wählen gehen oder aber sich grünen und ähnlichen Listen zuzuwenden beginnen. Gerade der offensichtliche Versuch der sozialdemokratischen Führer, den Graben zwischen der Masse der Werktätigen und der sich entwickelnden Opposition nach Kräften zu vertiefen, indem die Arbeitsplatzsorgen für die Interessen des Kapitals ausgenutzt werden, stellt uns vor die Frage, wie wir am zweckmäßigsten dabei mithelfen können, diese Absichten zu durchkreuzen.

Es zeichnet sich ab, daß sich die Börner-Linie in der hessischen SPD durchsetzen wird. Der bisher oppositionelle Unterbezirk Frankfurt bereitet den Kurswechsel unter Führung des Fraktionsvorsitzenden im Römerparlament Michel bereits vor, und der Vorsitzende des südhessischen SPD-Bezirks Willi Görlach erklärt mit Blick auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr, man gehe mit der Regierungsmannschaft Börners in die Wahl, da man andernfalls nur verlieren könne. Wenn die SPD 1982 mit der beschriebenen Linie antritt - was sich abzeichnet - wird sie sich sicher auf zahlreiche Werktätige stützen können. Zweifellos werden auch bei der Landtagswahl personelle Polarisierungen (Börner oder Dregger - oder vielleicht Wallmann?) und scheinbare politische Alternativen eine größere Rolle spielen als bei einer Kommunalwahl. Aber vor dem Hintergrund des beschriebenen Kurses der hessischen SPD-Führung und der jetzt sichtbar gewordenen Lockerung der Bindungen an die Volksparteien werden wir unsere Stellung in der Wahlfrage überdenken müssen, da es uns auch dabei nicht darum gehen kann, jederzeit das zu tun, was Kollegen tun, sondern Kollegen dort zu unterstützen, "wo sie die ersten Schritte zum eigenen Klassenstandpunkt unternehmen." (vgl. Arpo 2/3 1981, S. 34)

WARUM WIR UNS AN DER WAHLBÜNDNIS-INITIATIVE IN FRANKFURT BETEILIGT HABEN

Seit Mai 1980 gab es aufgrund einer Initiative der 'Grünen Liste Hessen' (GLH)⁺ in Frankfurt eine Diskussion um ein "breites, fortschrittliches Bündnis gegen die etablierten Parteien" anlässlich der im März stattfindenden Kommunalwahlen. Der Kreis der Diskussionsteilnehmer

+) Die GLH war in der Frühphase der ökologischen Wahlbewegung ein Versuch am buntalternativen Ende des Spektrums. Nach den Landtagswahlen 1978 und nach internen Auseinandersetzungen um die Stellung zur Grünen Bundespartei hatten die heutigen 'Grünen' die Gruppe verlassen, die Linken (v.a. KB) blieben weitgehend unter sich.

reichte bald von den Grünen über 'undogmatische' Linke (sprich: Spontis) bis zu 'freischwebenden' und organisierten Sozialisten und Kommunisten. Verbindendes Element zwischen den verschiedenen Gruppierungen in dem buntgewürfelten Kreis war die durchaus berechtigte Hoffnung, es sei möglich, gemeinsam die 5 %-Hürde zu überspringen und im Römerparlament Sitze zu erobern. Sehr unterschiedlich waren die Vorstellungen darüber, wozu man das eigentlich anstreben wollte und welche Form das Ganze haben sollte. Jedenfalls war diese Hoffnung das inspirierende Element, das die unterschiedlichen politischen Gruppierungen und Strömungen, die sich in den letzten Jahren in Frankfurt entwickelt haben und die bisher weitgehend sprachlos nebeneinander und z.T. auch gegeneinander gearbeitet hatten, an einen Tisch brachte. Zwar ist das Wahlbündnis letztlich doch an den Parteitaktikern der Grünen gescheitert, es haben sich aber unter den Linken neue Zusammenhänge und Gesprächskreise herausgebildet, die es ermöglichen sollten, gemeinsame praktische Interessen auch auf anderen Gebieten miteinander zu besprechen.

Nicht der Drang, nunmehr den (kommunal)parlamentarischen Kampfboden zu betreten, hat uns bewogen, uns an diesen Diskussionen zu beteiligen, sondern eher die neu entstandene Bereitschaft, über Widersprüche hinweg das Gespräch miteinander zu suchen und - vielleicht - auch gemeinsame praktische Schritte zu unternehmen. Den Anlaß dieser wieder erwachten Gesprächsbereitschaft haben wir uns nicht ausgesucht und wir konnten ihn auch nicht einfach ignorieren: nämlich ein Wahlbündnis zutage zu bringen, das eine realistische Chance hätte, ins Römerparlament einzuziehen. Hätten wir versucht, in diesem Kreis der Wahlbündnis-Initiative mit Hinweis auf die fehlenden gesellschaftlichen Grundlagen von dem Vorhaben abzuraten, so hätte sich unsere Beteiligung auf eine einmalige Vorstellung beschränkt, und wir hätten uns - ideologisch vielleicht reinen Gewissens - von denen isoliert, die sich gerade um diesen Punkt zu sammeln begonnen hatten. Anders als oft üblich haben wir diesmal versucht, nicht zu fragen, warum etwas noch nicht sinnvoll ist, noch keine Basis hat und noch nicht gemacht werden sollte. Stattdessen wollten wir die positiven Elemente und Möglichkeiten (für deren Realisierung natürlich niemand eine Garantie geben kann), die in dem Vorhaben des Wahlbündnisses steckten, herausarbeiten, um auf dieser Grundlage auch die Auseinandersetzung

mit anderen Auffassungen zu führen. In unserer Stellungnahme im Dezember 1980 haben wir geschrieben:

"Eine alternative Kommunalwahlliste könnte (dagegen) die Vorkonzepte bürgerlicher Kommunalpolitik offen zum Ausdruck bringen und mit den gewonnenen Informationen anders arbeiten, sei es im Parlament, indem Fragen und in den Auseinandersetzungen die Stellung der verschiedenen Parteien verdeutlicht wird; sei es durch das Hinaustragen möglichst vieler Vorschläge in die betroffene und interessierte Öffentlichkeit, oder auch durch die Verfügbarmachung eigener Kenntnisse und Erfahrungen für die Aktivitäten einzelner Betroffener.

Eine solche Liste könnte eine kristallisierende und sicher auch polarisierende Funktion für das breitgefächerte Potential von Unzufriedenheit und Widerstand mit bzw. gegen die von den Rathausparteien politisch zu verantwortenden Folgen der kapitalistischen Stadtentwicklung und -verwaltung haben. Damit würde die Erfahrungsbasis vieler Betroffener erweitert, neue Ebenen des politischen Lernens erschlossen und die Entwicklung zu klassenbewußtem Denken gefördert. Dabei wird es nicht unbedeutend sein, welchen Inhalt und welche Form die Politik einer solchen Liste haben wird."

Wir haben es als wichtig erachtet, uns von vornherein nicht unter dem weiten grünen Mantel der Ökologie zu verstecken, sondern wir haben versucht, uns im Gegensatz zu den ideologischen Vorstellungen insbesondere der Grünen ein klassenmäßiges Herangehen zu erarbeiten. Praktisch konnte dies in diesem Stadium zunächst nur darin bestehen, gegenüber dem einengenden ökologischen Schematismus (Ökologie vor Ökonomie, Vorrang der Gattungsfrage usw.) in den Diskussionen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zur Sprache zu bringen und auf die Notwendigkeit für die Protestbewegung zu verweisen, hier Zugang zu bekommen. Trotz grundsätzlicher Unterschiede in den Auffassungen über die Rolle der Arbeiterbewegung insbesondere gegenüber den Grünen und Spontis, war es im Ansatz möglich, über die drängenden konkreten Probleme Frankfurter Stadtentwicklung und des Widerstandes gegen die Folgen der kapitalistischen Anarchie auf diesem Gebiet zu diskutieren, wenn auch praktische Schritte noch nicht unmittelbar folgen konnten. Diese Initiative in Frankfurt war anders als in anderen Orten nicht Ausdruck einer aktiven und starken Bürgerinitiativbewegung, eher im Gegenteil. Allerdings hat sich das, was vor den Wahlen noch Vermutung war, nunmehr bestätigt: Die Existenz einer wachsenden Strömung von Protest und Unzufriedenheit, wenn sie auch noch weitgehend auf die Abgabe des Stimmzettels beschränkt bleibt.

In einem Diskussionsbeitrag mit der Gruppe Z schreiben Genossen der Hamburger Gruppe Arbeiterpolitik, "daß die Grüne Partei noch nicht einmal die linken Protestwähler binden kann" (Z-Extra 10, 2/81, S. 45). Für die Bundestagswahl, auf die sich diese Aussage bezieht, traf diese Feststellung sicher zu. Der SPD war es (noch einmal?) gelungen, die Wahl zur Schicksalsentscheidung zwischen SPD und CDU aufzublasen (Schmidt oder Strauß, Krieg oder Frieden). Diese scheinbaren Alternativen (scheinbar insofern, als die SPD tun muß, was Strauß nicht viel anders hätte machen können) standen bei den hessischen Kommunalwahlen nicht zur Verfügung. Dies hat es den Grünen und verwandten Wahllisten ermöglicht, ihre Position ganz erheblich zu verbessern. Sie haben nicht nur das linke Wählerpotential an sich binden können, sondern es ist ihnen darüberhinaus gelungen, tiefe Einbrüche in die Wählerbasis der Volksparteien zu erzielen, die an einigen Orten ohne Übertreibung sensationell genannt werden können. Zweifellos werden hier sozial sehr unterschiedliche und ideologisch z.T. konträre Strömungen und Gruppen auf der Ebene des Stimzettels vereint, aber es wäre vorschnell, hier gauschal von einer 'kleinbürgerlichen Sammlungsbewegung' zu sprechen. 'Aleinbürgerlich' ist die Orientierung des Bewußtseins auch bei der Masse der Werktätigen, erklärt also nichts. Aber auch sozial läßt sich die Protestwählerströmung nicht auf diese Schicht eingrenzen. Das Ergebnis von 16,5 % für eine linkssozialdemokratische/ökologische Liste (u.a. unter Beteiligung von aktiven Opel-Kollegen) in der Arbeiterstadt Küsselsheim erzielen konnte, ist hier nur ein herausragendes Beispiel. Andere Beispiele, etwas das Ergebnis von 22 % einer ökologischen Liste in der Bauausgemeinde Königstein, die von besser verdienenden Angestellten und Beamten bevorzugt wird, beweisen nur, wie uneinheitlich die Protestströmung ist, und daß es unvermeidlich zu Differenzierungsprozessen kommen muß. Die Frage wird sein, ob wir darauf einfließen können.

Der bestehende Zustand wird natürlich nicht durch das Aufstellen von grünen oder verwandten Listen überwunden, wie in der Arbeiterpolitik 7/80, S. 4 zu recht festgestellt wird. Aber was folgt daraus? Was nützt es, belehrend den Zeigefinger zu heben, daß mit dem Aufstellen solcher Listen die parlamentarischen

Illusionen der Arbeiter bestätigt werden und die Folge nur Enttäuschung sein kann? (vgl. KH Beitrag in Z-extra 10 und Arpo 7/80, S. 4). Sollen wir Grünen und verwandten Gruppierungen ausreden, Wahllisten aufzustellen? Sollen wir diejenigen, die hier gegenwärtig eine Möglichkeit sehen, ihren Protest auszudrücken, davon abhalten? Abgesehen davon, daß wir mit solchen Bemühen wenig Erfolg hätten, würden wir uns den Zugang zu ihnen erschweren, die sich um solche Listen und Kandidaturen zu sammeln beginnen. Diesen Zugang werden wir nur bekommen, wenn wir die positiven Elemente in der Wahlbewegung aufspüren und verstärken. Wir werden auch nur auf dieser Basis eine Chance haben, jene ideologischen Vorstellungen zu bekämpfen, die die Protestbewegung ins Fahrwasser bürgerlicher und kleinbürgerlicher Weltbeglückungsstrategien zerren wollen.

Die Strömung der grünen Protestwahl ist ein Ausdruck des gegenwärtigen Ablösungsprozesses vor allem jüngerer Wähler von den Volksparteien, insbesondere der SPD, die ist keine Erfindung der Grünen oder Linken die sich an Wahllisten beteiligen. Diese Listen sind vielmehr wie die Grünen selbst Ausdruck dieser anwachsenden Protestströmung⁴⁾, und es wäre eher verwunderlich, wenn hier keine parlamentarischen Illusionen vorhanden wären. Wenn es richtig ist, daß "anders als in den vergangenen Jahren alle diese Proteste gegen die sich ausbreitenden Mißstände in der Gesellschaft heute auf wachsende Sympathie auch in der arbeitenden Bevölkerung (stoßen)" (Arpo 2/3 81), denn steht zu erwarten, daß sich auch verstärkt Werktätige und sicher auch mit Illusionen wahlmäßig an solchen Listen orientieren. Das werden wir nicht dadurch ändern, daß wir darüber lamentieren, genausowenig, wie wir diejenigen, die diese Illusionen haben, die Erfahrung dadurch ersparen können, daß wir ihnen sagen, wie es wirklich ist. Es reicht aber nicht aus, sich kommentierend aneben zu stellen, wenn wir auf den unvermeidlichen

4) Hier ist eine Differenzierung nötig: Daß die Grünen auf der Ebene des Stimzettels zum Ausdruck der Protestströmung werden können, bedeutet noch keineswegs, daß sie auch zum organisatorischen und ideologischen Sammelpunkt werden. Gerade die Erfahrungen jüngerer Bewegungen wie etwa um die Wohnungsfrage sprechen eher dagegen.

Erfahrungs-, Ernüchterungs- und Differenzierungsprozeß in der Protestwahlbewegung vom kommunistischen Standpunkt aus Einfluß nehmen wollen.

Welche Form Beteiligung oder kritisch solidarisches Verhältnis haben können, kann nicht allgemein gesagt werden, sondern hängt von den jeweiligen Umständen ab. Es ist aber unbedingt notwendig, ohne Scheuklappen die Diskussion über solche möglichen Formen zu führen. Wir betonen das gerade deswegen, weil wir das im Rahmen unserer Beteiligung an der Wahlbündnis-Initiative in einem wichtigen Punkt nicht ausreichend getan haben:

Formal ist das Wahlbündnis zwischen Grünen, Spontis und Linken in Frankfurt daran gescheitert, daß die Grünen die von den Linken vorgeschlagenen Kandidaten als Personen nicht akzeptiert haben und die Spontis unter diesen Umständen ebenfalls nicht mehr mitmachen wollten. Bei den in Frankfurt tonangebenden Grünen lag hier das Bestreben zugrunde, die Kommunalwahlen zum weiteren Aufbau der Grünen Partei auf ideologisch klarer ökologischer Grundlage zu nutzen und die Linken möglichst fernzuhalten. Dieses politische Motiv wurde durch die Personalisierung der Kandidatenfrage verdeckt. Uns wurde dieser Umstand von anderen angekreidet, weil von den Arpo-Genossen keiner bereit war, zu kandidieren, und man davon ausging, daß es die Grünen bei Kandidaten aus unserem Kreis schwerer gehabt hätten, die gemeinsame Liste aus persönlichen Gründen platzen zu lassen, sie hätten zumindest politisch Farbe bekennen müssen. Dies hängt mit unserem Auftreten in den Diskussionen, vor allem aber damit zusammen, daß wir an den 'historischen' Querelen der GLH nicht beteiligt waren. Nun ist einerseits natürlich die Gefahr riesen groß, als 'Kompromißkandidat' ohne soziale Basis zwischen alle Stühle zu geraten und verheißt zu werden. Andererseits ist es aber ein Widerspruch, verantwortlich in einem Kreis mitzuarbeiten, der sich die Aufstellung einer Wahlliste zum Ziel gesetzt hat, ohne selbst zur Kandidatur bereit zu sein. Will man den Schwierigkeiten nicht 'eleganter' dadurch aus dem Weg gehen, daß man überhaupt die Finger davon läßt, wird man sich wohl hier und bei solchen Fragen auseinandersetzen müssen. Fertige Antworten haben wir nicht, eher sind wir instinktiv vor einer Kandidatur zurückgeschreckt, schließlich kennen wir noch die Erfahrung der Butzbacher DKP-

Gruppe Anfang der siebziger Jahre, die sich nicht zuletzt an der Parlamentsarbeit aufgegraben hat.

Im Kreis der Wahlbündnis-Initiative herrschten die Auffassungen vor, die von einer ökologischen Weltanschauung (sei es in grüner oder Sponti-Spielart) ausgingen. Diejenigen, die wie wir die Ökologiefrage im Zusammenhang der Klassenfrage sehen, waren in der Minderheit. Das Scheitern des Wahlbündnisses erscheint rückblickend angesichts der vorhandenen Gegensätze fast zwangsläufig. Wir bezweifeln, daß es richtig war, von seiten der Linken auf jeden Fall an der Liste direkt beteiligt sein zu wollen. Es wäre wahrscheinlich besser gewesen, die Weltanschauungs-Ökologen hätten eine gemeinsame Liste gebildet (Grüne und Spontis) und die Sozialisten und Kommunisten hätten sich auf eine kritische Unterstützung z.B. in Form einer linken Wählerinitiative verständigt. Diese Initiative hätte in den Wahlkampfdiskussionen Kritik an einigen Positionen des Bündnisses verbunden mit eigenen Vorschlägen bringen können. Bei Wahrung einer gewissen politischen Eigenständigkeit der Linken wäre so doch in der Wahlfrage ein gemeinsames Auftreten möglich gewesen. Gleichzeitig hätten sich vor der Wahl Konflikte aufzeigen lassen, die nachher im Parlament mit Sicherheit aufgetreten wären. Debatten, die nur auf lange Sicht gelöst werden können, hätten schon vor der Wahl angegangen werden können, d.h., die Konflikte wären nicht verschleiert worden. Voraussetzung wäre freilich gewesen, daß die Linken nicht von den Diskussions- und Entscheidungsprozessen der Wahlliste ausgeschlossen worden wären, wobei aber angesichts der Kräfteverhältnisse die Möglichkeiten, von links Druck auszuüben, eher gering einzuschätzen sind.

Es geht uns nicht darum, nachträglich und besserwisserisch gute Ratschläge zu erteilen, vieles ist uns selbst erst im nachhinein klar geworden. Wir glauben aber, daß die abschließende Klärung solcher Fragen es uns ermöglichen kann, bei ähnlichen Problemen in Zukunft besser miteinander zu diskutieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß unaufgearbeitete Kontroversen sich im Laufe der Zeit nicht von selbst erledigen, sondern bei der nächsten Gelegenheit in anderer Form wieder auftreten und eine praktische Verständigung immer aufs Neue erschweren.

DAS ERGEBNIS IN DARMSTADT

Während in der Regel die Verringerung der Wahlbeteiligung bei den diesjährigen Kommunalwahlen zu Lasten der SPD ging, verbesserte die SPD in Darmstadt bei einer um 0,7 % geringeren Wahlbeteiligung ihren Stimmenanteil von 37,7 % auf 41,4 %. Die CDU verlor 3 % und landete bei 42,6 %. Diese geringfügige Abweichung von der allgemeinen Tendenz ist jedoch nicht das Bemerkenswerte an dieser Kommunalwahl.

Bemerkenswert hingegen ist, daß die Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD), die 1977 erstmals mit 8,0 % Stimmanteil fünf Stadtverordnete stellte, bei der diesjährigen Wahl 10,1 % erreichte, d.h. sieben Mandate erhielt. Die 'Grünen', die in Darmstadt einige Wahlveranstaltungen abgehalten hatten, verzichteten mit Rücksicht auf die WGD, von der sie ihre Belange ausreichend vertreten sahen, auf eine eigene Kandidatur.

Die WGD war 1977 zwar nicht parlamentarischer Arm der verschiedenen Darmstädter Bürgerinitiativen, wohl aber Ausdruck von deren Hoffnung auf einen parlamentarischen engen Bündnispartner gewesen. Je nachdem, wie hoch die Erwartungen an die Unterstützung durch die WGD-Fraktion im Kommunalparlament gewesen war, artikulierten Mitglieder der Bürgerinitiativen vor der diesjährigen Wahl ihre Enttäuschung über die Entwicklung, die die WGD ihrer Ansicht nach genommen hatte. Insbesondere wurde kritisiert, daß zu den Treffen der Gruppen keine Vertreter der WGD kommen würden, daß die parlamentarischen Aktivitäten der Fraktion im kleinen Kreise festgelegt würden, kurz, daß die WGD, deren Organisation im wesentlichen mit der Parlamentsfraktion identisch ist, auf eigene Faust Politik mache.

Demgegenüber betonten die WGD-Parlamentarier die mangelnde Mitarbeit anderer an ihrer Arbeit und erklärten durch die Person ihres Sprechers, Carl-Wilhelm Petsch, daß sie auch nicht bereit sein würden, sogenannte Omnibus-Mehrheiten zu akzeptieren, sich nicht durch laute Gestellen lassen würden, die sich nicht kontinuierlich an ihrer Arbeit beteiligten.

Die Auseinandersetzung mit der WGD wurde in den Monaten vor den Wahlen breit im Darmstädter 'Regionalblatt' geführt, und es überwog die Enttäuschung über die fehlende Bereitschaft der WGD-Parlamentarier, sich politisch auf die Initiativgruppen zu beziehen,

oder - dem Verständnis der Fraktion entsprechend - sich von ihnen abhängig zu machen. Die zurückhaltende Reaktion der WGD-Aktiven gegenüber den Initiativen erklärt sich zum Teil sicher daraus, daß sie - aus ihrer Sicht zu Recht - die mangelnde Unterstützung durch die Linken kritisieren.

Unter diesen Umständen wirkt der Zugewinn der WGD von etwas über zwei Prozent erst einmal überraschend. Das Ergebnis ist allerdings dann schon verständlicher, wenn man davon ausgeht - und es gibt auch Anhaltspunkte dafür -, daß die WGD auch von Wählern Stimmen erhalten hat, die ihrer Politik sehr skeptisch gegenüberstehen, die sich jedoch nicht überwinden konnten, SPD oder FDP zu wählen. In bestimmten Wahlbezirken hat die WGD sicherlich auch der CDU Stimmen weggenommen.

Die Wahltaktik der WGD bestand im wesentlichen darin, konsequent jeder Festlegung - sei es im Hinblick auf die anstehende Oberbürgermeister-Wahl, sei es zu wichtigen Fragen der Sozialpolitik - aus dem Wege zu gehen. Es war ihr erklärtes Ziel, für alle Schichten wählbar zu sein. Sie brauchte darüberhinaus keine Angst zu haben, in bürgerlichen Kreisen als linkslastig eingestuft zu werden. Die Bemerkung des CDU-Spitzenkandidaten, Lauterbach, in der Wahlnacht im Fernsehen, wo er bei Nennung der "demokratischen Parteien" die WGD unter den Tisch fallen ließ, war sicherlich demagogisch gefärbt und stellte versteckt ein Koalitionsangebot an die SPD dar. Auch in der Darmstädter Öffentlichkeit hat die WGD erfolgreich eine "linke" Etikettierung verhindert.

Der Vorgang, der hier zugrunde liegt, ist komplex und mit dem Begriff Proteststimmen oder Protestwähler nur oberflächlich gefaßt.

Die bürgerlichen Politiker der etablierten Parteien haben die Passivität der Massen, die sie mit unterschiedlichen Mehrheiten immer wieder wählten und auch noch wählen, stets als Einverständnis mit ihrer Politik interpretiert. Diese Beurteilung ist eben aber nur zum Teil richtig. Grundton war zweifellos eine weitgehende Bereitschaft, die politischen Entscheidungen zu akzeptieren, aber es gab zunehmend ganze Wählergruppen, bei denen die Widersprüche zu gewissen politischen Entscheidungen wuchsen - von allgemeinen Stimmungen einmal abgesehen. Die entsprechenden Themen

waren in Darmstadt insbesondere Nahverkehrs- und Baupolitik, aber auch sozialpolitische Entscheidungen machten in den letzten Jahren böses Blut.

So speist sich der Strom, für den die WGD vorübergehend das parlamentarische Auffangbecken ist, aus sehr unterschiedlichen Elementen. Zu ihren Wählern gehören Leute, die ihrem Selbstverständnis nach Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind wie auch aktive Verteidiger dieser Ordnung. Ebenso unterschiedlich sind die Erwartungen, die an die Tätigkeit der WGD geknüpft werden. Ist die Aktionsgemeinschaft Umweltschutz (AGU) z.B. bereits damit zufrieden, von WGD-Parlamentariern Informationen über Vorgänge in der Kommunalverwaltung zu erhalten, erheben sich andere vom Abschneiden der WGD die Einleitung eines Selbstbesinnungsprozesses bei der SPD.

Will sie parlamentarisch am Ruder bleiben und eine Rolle spielen, so ist und wird die der WGD gemäße Gangart der Eiertanz sein. Das auf parlamentarischer Ebene nächste wichtige Problem ist die Neuwahl des Oberbürgermeisters nachdem der ehemalige OB, Sabais, SPD, gestorben ist. Durch das schlechte Abschneiden der FDP (4 Sitze) ist die WGD mit 7 Sitzen Zünglein an der Waage zwischen SPD und CDU, die jeweils 30 Sitze haben. So mußte die WGD hier Farbe bekennen und gleichzeitig versuchen, ihren Wählern glaubhaft zu machen, daß sie sich nicht von den parlamentarischen Spielregeln einfangen läßt. Das Ergebnis ist eine Quasi-Koalition zwischen SPD und WGD dergestalt, daß die SPD das bekommt, was sie will und die WGD mit Versprechungen abgespeist wird, deren Einlösung unabsehbar ist. Angenehme Begleiterscheinung aus Sicht der SPD ist bei diesen unabhängigen Koalitionspartner, daß dieser keine Posten für sich beansprucht, die SPD sie alle

besetzen kann und so noch bessere Voraussetzungen bekommt, um die WGD-Parlamentarier über die Verwaltungsschiene ins Leere laufen lassen zu können.

Es ist anzunehmen, daß auch bei weiteren, möglichen Problemen die WGD gezwungen sein wird - und die SPD-Parlamentarier werden ihr Bestes dazu geben, daß dies ans Licht kommt - klare Stellung zu sozialpolitischen Problemen, vor allem auch im Hinblick auf Haushaltseinsparungen, zu beziehen. Auch dabei wird sie, je nachdem, wie ihre Entscheidungen ausfallen, kleine oder größere Teile ihrer Wählerschaft vor den Kopf stoßen - und insoweit dasselbe Schicksal erleiden wie die stabilisierten Volksparteien.

Wie wenig der ökologische Rahmen trägt, wenn die soziale Frage deutlich definiert ist, beweist das Abschneiden der DKP in Mörfelden-Walldorf, dem Herz des Widerstandes gegen den Bau der Startbahn West. Obwohl die DKP bei der Organisation des Widerstandes eine tragende und allgemein anerkannte Rolle spielte und auch weiter spielt, konnte sie ihr Gemeindegewahlergebnis lediglich um 1,3 % auf 8,4 % steigern. Die Grünen, die erstmals kandidierten, erreichten auf Anhieb 25,2 %. Hierin drückt sich, anders als z.B. in Darmstadt, ein politischer Differenzierungsprozeß aus, wo vor dem Hintergrund des gemeinsamen Kampfes gegen den Startbahnbau die kommunistisch bzw. sozialistisch orientierten Kräfte sich selbständig darstellen konnten. Anders als z.B. nach den Septemberstreiks, wo die DKP stellenweise versuchte, die Reputation ihrer BR-Mitglieder in den Betrieben zu Wahlstimmen umzumünzen und dabei mit solchen Versuchen stets auf die Nase fiel (Ausnahme Bottrop), konnte sie hier von einer sozialen Bewegung parlamentarisch "profitieren", deren aktiver Bestandteil sie ist.

DAS ERGEBNIS IN OFFENBACH

Ein Kommunalwahlkampf ist u.a. durch "hautnahe" Regionalargumentationen und durch Überprüfbarkeit der Kandidaten und Parteien im Laufe einer Legislaturperiode gekennzeichnet. Bundespolitische Themen sind naturgemäß von untergeordneter Bedeutung. Deshalb ist ein Wahlvergleich und eine Tendenzanalyse nur mit der letzten Stadtverordnetenwahl vom 20. März

1977 und nicht mit den nachfolgenden Landtags- und Bundestagswahlen statthaft.

Die Wahlbeteiligung fiel um 3,6 % von 71,9 % auf 68,3 %. Da Land- und Bundestagswahlen bedeutend höhere Wahlbeteiligung aufweisen konnten, läßt sich vermuten, daß die Wichtigkeit von Kommunalwahlen geringer erachtet wird. Vielleicht liegt diese "gleich-

gültigere" Haltung in der Erfahrung begründet, daß die größeren Parteien und ihre Vertreter faktisch gleiche Politik vor Ort in den letzten Jahren gemacht haben.

Überraschungen brachte die Offenbacher Wahl nur im Hinblick auf den grünen Wahlerfolg. Die CDU hat ihre Stimmanteile nach dem Sensationssieg von 1977 weitgehend gehalten (von 46,5 % auf 47,4 %). Ihr Koalitionspartner, die FDP, konnte sich sogar auf 5,9 % (von 5,5 %) leicht verbessern. Beide Parteien haben ein stabiles Wählerpotential, das weder Zu- noch Abwanderungstendenzen zeigt. Chancenlos blieb die Freie Wählergemeinschaft mit 0,6 %.

Die "Arbeiterparteien" SPD und DKP mußten beide beträchtliche Verluste hinnehmen. Die DKP rutschte von 1,6 % auf völlig unbedeutende 0,7 %. Die SPD unterbot ihr schwaches Ergebnis vor 4 Jahren um nochmals 4,5 % (von 44,1 % auf 39,6 %). Von einer SPD-Hochburg Offenbach kann keine Rede mehr sein.

Die geringere Wahlbeteiligung ging voll auf Kosten der SPD. Sie verlor wiederum in ihren einstigen Hochbezirken, in den Arbeiter- und Angestelltensiedlungen, z.B. Lauterborngebiet oder der gesamte Innenstadtbereich unterhalb der Frankfurter Straße. (Allerdings muß man mit Einschränkungen von "Arbeiterwohnbezirken" reden, da es meist doch "Mischgebiete" sind und zum anderen durch die Wahlbezirkseinteilung zu "Mischgebieten" gemacht werden können.) In nur ganz wenigen Wahlbezirken blieb die SPD stärkste Partei, so z.B. in den Tempelsee-Siedlungen (traditionelles Arbeitersiedlungsgebiet) oder im Obdachlosengebiet Lohwald. Traditionell hoffnungslos (um die 30 % pendelnd) schnitt sie in ausgesprochen bürgerlichen Wohngebieten ab (z.B. in den großbürgerlichen Bezirken Rosenhöhe oder Westend knapp 28 % oder im kleinbürgerlich geprägten

Bieber mit 34 %). Vielleicht macht sich im schlechten Wahlergebnis der SPD auch der stetige Abbau von gewerblichen Arbeitsplätzen in Offenbach bemerkbar (allerdings sind Arbeitsplätze und Wohnplätze ja nicht immer identisch) oder die Ersetzung von gewerblichen Arbeitsplätzen durch Ausländer.

Außerdem bröckelten einige Stimmen der SPD zugunsten der Grünen ab. Vermutlich handelt es sich hier um jüngere Wähler.

Fazit: Es gelang der SPD weder, ihre traditionelle Basis voll zu mobilisieren (verärgerte Nichtwähler), noch die Masse der Jugend bzw. der "kritischen" und "linken" Wähler an sich zu binden. Das "kleinere-Übel"-Argument hat diesmal versagt.

Die Gewinner der Wahl, die Grünen, übersprangen aus dem Stand (ohne größere Wahlkampagnen) die 5 % Aussperrklausel und erreichten unerwartete 5,9 % (Sie selbst rechneten wohl auch nicht mit dieser Höhe.) und machten damit der FDP (5,9 %) den 3. Platz streitig. Sie profitierten von einigen SPD- und DKP-Stimmen, konnten aber offensichtlich auch einige (bis dahin) Nichtwähler, die dem Parlamentszirkus ablehnend gegenüberstanden, an die Urnen bringen.

Interessanterweise (oder gerade nicht) verbuchen sie dort hohe Stimmanteile, wo auch CDU-Hochburgen sind (mit Ausnahme des kleinbürgerlichen Stadtteils Bieber, 4,5 %). So errangen sie z.B. im Westend stolze 10,4 %. Ihre Stimmen gingen nicht auf Kosten der FDP, denn die schnitt ebenfalls dort besonders gut ab, wo CDU und Grüne Stimmanteilspitzen erreichten.

Außerdem läßt sich keine Korrelation zwischen stark umweltbelasteten Gebieten und starkem grünen Wählerpotential feststellen, wie es auf Landesebene stellenweise deutlich zutraf.

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER
GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur
Günter Kuhlmann - Herstellung und Vertrieb:
GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums
der Arbeiterbewegung e.V.
Postfach 1502 47 - 2800 Bremen 15